

# Bürgerbrief für Frieden und Demokratie

Sachlich fundierte Informationen für den souveränen Bürger

[www.buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie.de](http://www.buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie.de)

Ausgabe August 2025

**Hinweis:** Die einzelnen Texte stellen eine Kurzzusammenfassung bzw. einen Hinweis auf die Komplett-Artikel dar, die per Mausclick auf den jeweils blauen und unterstrichenen Text direkt aufrufbar sind. Kursiver Text gibt die Meinung der Redaktion (Red.) wieder.

Das politische und weltanschauliche [Selbstverständnis des Redaktionsteams](#) sowie das [Impressum](#) mit Haftungsausschluss und Angaben zum Datenschutz finden Sie auf unserer Homepage.

**Einladung:** Unsere Leser dürfen gerne mitmachen. Senden Sie hierzu bitte Verbesserungsvorschläge für diese Seite und/oder Artikelvorschläge (mit Link) an: [info@buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie.de](mailto:info@buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie.de) (Betr.: "BB-Artikelvorschlag"). Darüber hinaus würden wir uns sehr freuen, wenn uns unsere Leser weiterempfehlen würden.

Die Redaktion

## Inhalt dieser Ausgabe

- **Editorial**
- **Psychiater Spitzer bezeichnet Handys für Kinder als Körperverletzung**
- **Demeter: Stark erhöhtes Selbstmordrisiko bei Kindern, die vor dem 13. Lebensjahr ein Smartphone bekommen**
- **Michael Klitzsch: Überbehütet und unkonzentriert? Wie die Generation Alpha Lehrkräfte herausfordert**
- **BüSo: Großbritannien: BBC-Mitarbeiter prangern Parteinahme für israelische Regierung an**
- **Robert Seidel: Europa wird «kriegsbereit»**
- **Marc Oliver Rühle: EU bezahlte Aktivisten für Klima-Lobbyismus**
- **Der WHO-Pandemievertrag ist beschlossen**
- **Hakon von Holst: Krieg gegen das Bargeld**
- **Lorenz Storch: Reform von Bürgerbegehren: Runder Tisch räumt Söder-Ideen ab**
- **Tilo Gräser: Die missachtete Sternstunde der Menschheit**
- **Annette Groth: Genozid mit Ansage**
- **Albanese wegen ihrer Kritik sanktioniert**
- **Israels Aggression gegen den Iran erfüllt die Kriterien des «Verbrechens gegen den Frieden»**
- **OIC reagiert auf Angriffe auf den Iran**
- **Detlev Koch: Nicht in unserem Namen**
- **BüSo: Präsident Lula eröffnet BRICS-Plenum: Aufruf zum Kurswechsel für die Menschheit**
- **Zeit-Fragen: Abgereichertes Uran: Historisches Urteil in Serbien**
- **AWEF: Petition: NEIN zum Krieg! Ja zum Frieden!**

**Es ist besser, ein einziges kleines Licht zu entzünden,  
als die Dunkelheit zu verfluchen.**

## **Editorial**

Erster Schwerpunkt dieser Ausgabe ist die Auswirkung digitaler Medien auf die **Persönlichkeitsentwicklung**. Manfred Spitzer und ein Hamburger Verein beschreiben die körperlichen und psychischen Schäden, die eine zu frühe Nutzung von Handys etc. bewirken. Das führt gemäß der von Konstantin Demeter vorgestellten Studie zu einer Zunahme von Aggressivität bis hin zu Selbstmordgedanken in der Pubertät. Michael Klitzsch interviewt den Generationsforscher Rüdiger Maas, der sieht, dass in der jungen Generation oft keine selbständigen Persönlichkeiten heranwachsen.

Hinsichtlich der für Frieden und Demokratie ebenfalls erforderlichen Bemühungen erinnern wir an das Eintreten von BBC-Journalisten gegen die Behinderung einer wahrheitsgemäßen **Berichterstattung** und den Fragen von Robert Seidel, warum in Europa die Kriegsbereitschaft wächst und warum die **Friedensbemühungen** vergangener Jahrhunderte in Vergessenheit zu geraten scheinen. **Antidemokratische Lobbyarbeit** der EU durch Bezahlen von Aktivisten wird von Marc Oliver Rühle aufgezeigt. Antidemokratisch sind nach Norbert Häring die Absichten der WHO mit ihrem neuen **Pandemievertrag und Gesundheitsvorschriften** zu bezeichnen, womit über die staatlichen Souveränitäten hinweg Vorschriften für zukünftige Pandemien gemacht werden. Auch die von Hakon von Holst aufgezeigte zunehmende **Behinderung des Bargeldverkehrs** durch staatliche Maßnahmen ist kritisch zu sehen. Positiv zu vermerken ist, dass in Bayern der Versuch von Ministerpräsident Söder gescheitert ist, für **Bürgerbegehren** höhere Hürden zu setzen.

Zur Frage von **Krieg und Frieden** erinnert Tilo Gräser daran, dass alle Länder, die vor 80 Jahren die UNO-Charta unterschrieben haben, dagegen verstoßen, vor allem der Westen. Bzgl. der **Situation in Palästina** zitiert Annette Groth eine Studie der israelischen Zeitung Haaretz, gemäß der der größte Teil der jüdischen Israelis eine Vertreibung der Palästinenser befürwortet. Der nächste Beitrag würdigt die UN-Berichterstatterin Albanese, die den **Völkermord Israels** auch im Zusammenhang mit Profitinteressen sieht und trotz starker Widerstände gegen ihre Person beim Namen nennt. Alfred de Zayas erinnert an zahlreiche **Völkerrechtsverletzungen** Israels, auch gegenüber dem Iran. Die Völkerrechtsverletzungen werden auch von der Organisation von 57 islamischen Ländern verurteilt. Ein Kongress von Rabbinern und anderen jüdischen Stimmen kritisieren laut Detlef Koch den Zionismus. Brasiliens Präsident Lula forderte das BRICS-Plenum in Rio de Janeiro auf, den **Frieden zu fördern**.

Die **Folgen moderner Kriegsführung** wurden kürzlich in einem historischen Urteil in Serbien aufgezeigt, wo die umfangreichen Gesundheits- und Umweltschäden durch die Verwendung von Munition mit abgereichertem Uran bestätigt wurden.

Abschließend verlinken wir eine **Petition gegen den Krieg** und für den Frieden von der 'Alternative Western Ethics Formation' (AWEF).

[Inhalt](#) ↑

## ● **Psychiater Spitzer bezeichnet Handys für Kinder als Körperverletzung**

Der Ulmer Psychiater Manfred Spitzer warnt mit drastischen Worten vor den Folgen von Handys für Kinder. [Es sei Körperverletzung, Smartphones oder Tablets an Kindergarten-Kinder auszuteilen](#). Als Folgen nennt er Risiken für die Entwicklung des Gehirns, für die Augen und zu wenig Bewegung. Zudem hält er Social-Media-Dienste für Kinder für gefährlich. Spitzer spricht von emotionalen Schäden vor allem bei Mädchen und jungen Frauen, die über Ängste und Essstörungen bis hin zu Depressionen und Suizidgedanken reichen. Der Caritasverband der Diözese Augsburg weist derweil darauf hin, dass auch immer mehr Erwachsene sich in virtuellen Welten verlieren. Sie kommen z.B. nicht mehr vom "Gamen" los oder schaffen es kaum 20 Minuten lang, das Handy aus der Hand zu legen. Die Nachfrage nach Beratung in diesem Bereich steige stark an, so der Sozialverband.

In seinem Buch "[Realitätsverlust. Wie KI und virtuelle Welten von uns Besitz ergreifen – und die Menschlichkeit bedrohen](#)" zeigt der Hirnforscher Joachim Bauer auf, dass reale Begegnungen, zwischenmenschliche Resonanz und analoge Präsenz für die Entwicklung des menschlichen Selbst, für unsere Gesundheit und den gesellschaftlichen Zusammenhalt unverzichtbar sind. Die Flucht vor der realen Welt durch Nutzung von sozialen Netzwerken, Apps und Spielen gehe mit Realitätsverlust einher. Bauer legt seine Sicht auch in einem lebendigen Interview ([Video, 1h02](#)) dar.

Der Hamburger [Verein "Smarter Start ab 14 e.V."](#) setzt sich für eine Smartphone-freie Kindheit und eine Smartphone-freie Schule ein, sowie für den Schutz aller Kinder vor den negativen Auswüchsen der 'Social Media', für ein Grundschulfach Medienkompetenz und für ein Abwarten des richtigen Zeitpunkts für ein eigenes Smartphone.

Der von Jugendlichen und jungen Erwachsenen gelebte [Verein JuuuPort](#) bietet Online-Unterstützung bei allen Problemen im Netz, zum Beispiel bei Cybermobbing, Sextortion, Cybergrooming, Mediensucht, Fake News oder Abzocke an.

[Inhalt](#) ↑

## ● **Konstantin Demeter: Stark erhöhtes Selbstmordrisiko bei Kindern, die vor dem 13. Lebensjahr ein Smartphone bekommen**

Eine umfassende neue Studie mit über 100'000 jungen Erwachsenen weltweit offenbart: Je jünger Kinder sind, wenn sie ihr erstes Smartphone besitzen, desto schlechter ist ihre psychische Gesundheit im frühen Erwachsenenalter. So berichten inzwischen beispielsweise fast die Hälfte der jungen Frauen, die ihr erstes Smartphone im Alter von fünf oder sechs Jahren bekamen, von Selbstmordgedanken. Im Vergleich dazu trifft das nur auf etwas mehr als ein Viertel derjenigen zu, die bis zum 13. Lebensjahr noch kein eigenes mobiles Gerät gehabt haben. Der frühe Besitz eines Smartphones korreliert laut der Studie aber nicht nur mit Suizidgedanken, sondern auch [mit einer Reihe anderer beunruhigender Symptome im jungen Erwachsenenalter](#). Personen, die vor dem 13. Lebensjahr ein Smartphone bekamen, zeigen demnach häufiger Aggressivität, Realitätsverlust und Halluzinationen. U.a. kämpfen frühe Smartphone-Nutzer – insbesondere Mädchen – stärker mit ihrem Selbstbild, ihrem Selbstwertgefühl, ihrer emotionalen Kontrolle und ihrer Belastbarkeit. Jungen fällt es schwerer, Stabilität, Ruhe und Empathie zu entwickeln. Aufgrund der Ergebnisse plädiert das Forschungsteam für umfassende politische Änderungen, die Smartphones und soziale Medien wie andere altersbeschränkte Substanzen behandeln. Zu ihren Empfehlungen gehören eine verpflichtende digitale Bildung vor dem Zugriff auf soziale Medien, eine stärkere Durchsetzung bestehender Altersbeschränkungen mit erheblichen Strafen für Technologieunternehmen und die Einschränkung des Smartphone-Zugangs für Kinder unter 13 Jahren.

[Konstantin Demeter](#) ist Journalist und Fotograf. Nebst Transition News hat er unter anderem im Rubikon und im 'OffGuardian' veröffentlicht. Er war auch lange im Kulturbereich als Organisator tätig und hat in fernen Ländern gelebt. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Michael Klitzsch: **Überbehütet und unkonzentriert? Wie die Generation Alpha Lehrkräfte herausfordert**

Laut dem Generationsforscher Rüdiger Maas sind mit der "[Generation Alpha](#)" (Jahrgänge ab 2010) junge Menschen herangewachsen, die von der ersten Sekunde an digital sozialisiert und gleichzeitig mit Pandemie und Krieg in einer sehr sensiblen Lebensphase konfrontiert wurden. Mit seinem Fachbuch versucht er vor allem Unternehmern verständlich zu machen, wie sie sich die Potenziale dieser jungen Berufseinsteiger nutzbar machen können. Im Interview macht Maas deutlich, dass [diese Generation extrem überbehütet wird](#), was zu Entwicklungsverzögerungen oder zu Konflikten der Eltern mit Lehrkräften führen könne. Zudem haben die Kinder dieser Generation die Erwartungshaltung, dass die Erwachsenen ihre Probleme und Konflikte lösen.

[Michael Klitzsch](#) ist freiberuflicher Journalist und schreibt u.a. für 'Der Spiegel', DSW-Journal und das Online-Magazin 'schulmanagement'. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- BüSo: **Großbritannien: BBC-Mitarbeiter prangern Parteinarbeit für israelische Regierung an**

In einem Offenen Brief fordern mehr als 100 BBC-Journalisten, dass der Sender ihnen erlaubt, ihre Arbeit zu tun und unparteiisch über Israel zu berichten. Anlass war die [Kontroverse um den Dokumentarfilm "Gaza: Medics under Fire"](#) (Gaza: Mediziner unter Beschuss) den die BBC-Leitung in Auftrag gab und bezahlte, aber am Ende nicht ausstrahlen wollte, weil er "die Gefahr einer Voreingenommenheit bergen" würde. Die Journalisten sehen, dass die BBC eine Organisation sei, die gelähmt ist von der Angst, als kritisch gegenüber der israelischen Regierung wahrgenommen zu werden. "Wir verlangen nicht, dass die BBC Partei ergreift. Wir bitten darum, unsere Arbeit tun zu dürfen, indem wir Fakten transparent und im richtigen Kontext vermitteln." Die Journalisten verweisen insbesondere auf die einflussreiche Rolle des Vorstandsmitglieds Sir Robbie Gibb, der 2022 ein Konsortium zum Kauf des 'Jewish Chronicle' leitete. Diese Zeitung habe "wiederholt anti-palästinensische und oft rassistische Inhalte veröffentlicht und hat in jeder Hinsicht Einfluss auf die redaktionellen Entscheidungen der BBC, einschließlich der Entscheidung, 'Gaza: Medics Under Fire' nicht auszustrahlen", heißt es in dem Brief.

Die [BüSo](#), Bürgerbewegung Solidarität, will durch die Wiederbelebung der deutschen klassischen Kultur zu einem neuen globalen Dialog der Kulturen beitragen. Sie sieht in dem Projekt 'Neue Seidenstraße' die einzigartige Chance, die Welt aus dem Korsett veralteten geopolitischen Denkens, der Gefahr thermonuklearer Konfrontation und dem Diktat der Finanzmärkte zu befreien. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Robert Seidel: **Europa wird "kriegsbereit"**

Robert Seidel fragt sich: "Wie ist es in Europa selbst möglich, eine Stimmung zu erzeugen, in der immer mehr Menschen dazu bereit zu sein scheinen, ihr Leben, das Leben ihrer Angehörigen, den eigenen Wohlstand und ihre Zukunft «freiwillig» zu opfern? Und wie ist es möglich, dass eine so weitreichende Weichenstellung klaglos hingenommen wird? Kurz, wie wird «Kriegsbereitschaft» erzeugt? Die Lage ist befremdlich – man ist eigentlich schon seit langem weiter: Krieg gilt seit dem

18. Jahrhundert nicht mehr als Normalzustand der Menschheit oder als ein Vorrecht einiger Blaublütiger, ihre Bevölkerung ungefragt ins Elend zu stürzen. Es wurden zeitgemäße moderne politische Lösungsansätze entwickelt. Meilensteine sind unter anderem die Ächtung von Angriffskriegen, die Einrichtung des Roten Kreuzes, Bertha von Suttners Engagement, der Friedensnobelpreis oder die Haager Kriegsordnung. Im 20. Jahrhundert sind völkerrechtliche Ansätze praktisch ausgebaut und wirksam geworden: so zum Beispiel die Organisation des Völkerbundes, der Briand-Kellogg-Pakt, schließlich die Vereinten Nationen mit der großartigen UN-Charta oder die wegweisenden KSZE-Vereinbarungen von Helsinki aber auch die vielen verschiedenen Kontroll- und Abrüstungsverträge. Dies alles soll nicht mehr gelten?“ Dann legt Seidel dar, wie Vernunft und menschliches Mitgefühl durch Propaganda und Zensur machtpolitischen und finanziellen Interessen weichen müssen. Seidel mahnt: “Wir sind auf dem Weg in den totalen Krieg. Wir befinden uns aber nicht mehr im 19. oder 20. Jahrhundert – im Zeitalter der begrenzten Kriege. Im atomaren Zeitalter, in dem Entscheidungen immer mehr der KI überlassen werden, geht es inzwischen um das Überleben der Menschheit. [...] [Es wird Zeit für eine Kurskorrektur](#), für eine Wende zurück zu Vernunft und Frieden!“

Wie Propaganda “Kriegsbereitschaft“ unter Missbrauch der “sozial angelegten Dispositionen des Menschen“ und unter Einsatz von immer raffinierter werdenden Manipulationstechniken zu erzeugen versucht, legt Seidel im zweiten Teil seiner Betrachtung dar. Um die Zensurschere in den Kopf der Bürger zu bringen, werden psychologischen Manipulationen, Auslassung, Spins, Lügen und KI (Künstliche Intelligenz) eingesetzt sowie die Kontrolle über die meinungsbestimmenden Medien angestrebt. Da die “[Meinungsausserungsfreiheit – ein Grundpfeiler jeder freiheitlichen Demokratie](#) - inzwischen in vielen Staaten des «Westens» als Störfaktor“ gelte, bleiben für Seidel staatsunabhängige Medien umso wichtiger.

*Robert Seidel, Pseudonym, Zur Person: studierte Geschichte, Sozialpsychologie und Pädagogik; seit über 30 Jahren als Lehrer engagiert, seit über 20 Jahren im journalistischen Bereich tätig, seit 2021 für den ‘Schweizer Standpunkt’. (Red.)*

[Inhalt](#) ↑

#### ● Marc Oliver Rühle: **EU bezahlte Aktivisten für Klima-Lobbyismus**

Der ‘Welt am Sonntag’ vorliegende Verträge belegen, dass die EU [Umweltverbände dafür bezahlt, gegen deutsche Unternehmen zu klagen und Kampagnen zu führen](#). Demnach sollen sich “EU-Funktionäre und Aktivisten bis ins Detail miteinander abgestimmt“ haben. Über die 2022 beschlossenen Verträge erhielten einzelne NGOs (Nichtregierungsorganisationen) 2023 bis zu 700’000 Euro. Die NGO ‘ClientEarth’ erhielt wohl 350’000 Euro, um dafür deutsche Kohlekraftwerke in Gerichtsprozesse zu verstricken. Dies erfolgte mit dem Ziel, das “finanzielle und rechtliche Risiko“ der Betreiber zu erhöhen. Den Verband ‘Friends of the Earth’ beauftragte die EU-Kommission mit dem Kampf gegen das Freihandelsabkommen ‘Mercosur’ zwischen Europa und Südamerika – während es Beamte im eigenen Haus zur selben Zeit vorantrieben. Andere Gruppen sollen Geld für die Beeinflussung von EU-Abgeordneten vor Abstimmungen zu Pflanzenschutzmitteln und Chemikalien bekommen haben. Die EU-Abgeordnete Monika Hohlmeier stört sich insbesondere an “den subversiven Plänen, nach denen bäuerliche Betriebe bis hin zu Kohlekraftwerken durch Klagen und die massive Verschärfung von Nachweispflichten zur Aufgabe ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit gezwungen werden sollten“.

*Marc Oliver Rühle, Jg. 1985, studierte Literaturwissenschaft, Kreatives Schreiben und Kulturjournalismus. Er arbeitet als Autor und freier Journalist für diverse Print- und Onlinemedien und gehört der Künstlergruppe ATLAS an, deren Mitbegründer er ist. (Red.)*

[Inhalt](#) ↑

## ● Der WHO-Pandemievertrag ist beschlossen

In einer Pressemitteilung vom 16.04.2025 gab die WHO bekannt, dass sich die Mitgliedstaaten nach dreijährigen Verhandlungen [auf einen Text des neuen Pandemievertrags geeinigt](#) hätten. Der Vertrag wurde der 78. Weltgesundheitsversammlung am 17.05. zur Annahme und danach den Staaten zur Unterzeichnung vorgelegt ([Link zur inoffiziellen, noch nicht redigierten Version](#)). Zusammen mit den Änderungen der IGV (Internationalen Gesundheitsvorschriften) wird die Annahme des Pandemievertrags das internationale Pandemierecht und damit die globale und nationale Pandemiepolitik laut Norbert Häring weiter militarisieren. Hinzu kommt, dass in Zukunft aufgrund der verstärkten Überwachungstätigkeiten sehr viel mehr Erreger mit (angeblichem) Pandemiepotential weltweit aufgespürt werden. Dies kann zu gehäufter Ausrufung neuer PHEICs und Pandemien führen (PHEIC=Public Health Emergency of International Concern). Der neue Pandemievertrag verlangt nach Häring die Entwicklung von "Pandemieprodukten" oder "relevante Gesundheitsprodukte", um auf PHEIC reagieren zu können. Im Falle eines Gesundheitsnotstands sollen Impfstoffe innerhalb von 100 Tagen verabreicht werden können. Im Rahmen des nationalen Rechts sollen die dafür erforderlichen Notfallzulassungen der Produkte ermöglicht werden. Nach Amrei Müller bedeutet das, "dass Menschen in Zukunft öfter mit nicht vollumfänglich getesteten, notfallzugelassenen Medizinprodukten behandelt werden" – zumal der WHO-Generaldirektor direkt "relevante Gesundheitsprodukte" bzw. "Pandemieprodukte" zur weltweiten Verabreichung empfehlen kann. Insgesamt sieht Müller die Staaten vor ihrer Zustimmung verpflichtet zu prüfen, "ob die internationale Verrechtlichung militarisierter Ansätze zur Prävention und Bekämpfung übertragbarer Krankheiten der richtige Weg ist, um die körperliche und geistige Gesundheit ihrer Bevölkerungen zu gewährleisten".

124 Mitgliedsstaaten der WHO haben [am 20.05.2025 dem international verhandelten Pandemievertrag zugestimmt](#), der die Weltgemeinschaft laut Daniel Funk angeblich besser auf künftige Pandemien vorbereiten und Fehler aus der "Corona-Zeit" vermeiden soll. Die Weltgesundheitsversammlung (WHA) hat im Juni 2024 den Vertrag ohne Gegenstimmen angenommen. Enthalten haben sich 11 Länder, darunter Polen, Israel, Italien, Russland, die Slowakei und der Iran. Der neue Pandemievertrag verpflichtet die Unterzeichnerländer zu einer besseren Pandemieprävention, u.a. durch Ausbau von Überwachungssystemen für potenzielle Erreger (auch im Tierreich), Sicherstellung des globalen Zugangs zu Impfstoffen, Medikamenten und Schutzausrüstung, Freigabe von genetischen Erregerdaten für Forschung und Entwicklung und Verpflichtung für Pharmaunternehmen, 10% ihrer Impfstoffproduktion kostenlos an ärmere Länder abzugeben (PABS-System, das noch konkretisiert werden muss). Außerdem sollen Lieferketten gesichert und durch entsprechenden Technologietransfer Produktionskapazitäten in ärmeren Ländern aufgebaut werden. Gegner des Vertrags befürchten, die WHO könne künftig nationale Souveränität untergraben und Zwangsmaßnahmen wie Lockdowns oder Impfpflichten durchsetzen.

*[Norbert Häring](#), Jg. 1963, Volkswirt; seit 1997 Wirtschaftsjournalist (Gründer der 'Financial Times Deutschland'), seit 2002 beim Handelsblatt. Häring betreibt eine eigene Homepage. (Red.)*

*Die [WHO](#) (World Health Organization, Weltgesundheitsorganisation) wurde 1948 als Sonderorganisation der UNO mit Sitz in Genf gegründet wurde, proklamiert das Recht auf Gesundheit als Grundrecht des Menschen und hat heute 194 Mitgliedstaaten. Ihre drei Hauptorgane sind die WHA (World Health Assembly, Weltgesundheitsversammlung), der Exekutivrat aus 34 Gesundheitsexperten der Mitgliedstaaten und der Generaldirektor. Die Organisation soll das internationale öffentliche Gesundheitswesen koordinieren. (Red.)*

*[Daniel Funk](#) studierte Geschichte, Volkswirtschaftslehre und Medienwissenschaften und war als Finanzredakteur und [Kommunikationsspezialist](#) für verschiedene Großfirmen tätig. Heute ist er Redakteur von [TransitionNews](#). (Red.)*

[Inhalt](#) ↑

- **Hakon von Holst: Krieg gegen das Bargeld**

Hakon von Holst legt mit seinem Buch "[Krieg gegen das Bargeld. Warum wir Münzen und Geldscheine für unsere Freiheit benötigen](#)" eine ebenso engagierte wie sachkundige Untersuchung zum ›War on Cash‹ vor, die laut Paul Schreyer vorgeschobene Argumente und reale Gründe präzise durchleuchtet: ein Aufklärungsbuch im besten Sinne.

Laut Norbert Häring wird man die [Hintergründe des "Kriegs gegen das Bargeld"](#) und die Argumente dafür und dagegen kaum verständlicher und kompakter aufbereitet finden als in diesem Buch. Der Autor schlussfolgert treffend: "Mit Repressionen und einem Barzahlverbot baut der Staat seine Machtposition gegenüber dem unbescholtenen Bürger aus, nicht gegenüber Verbrechern. Man schränkt die Freiheit normaler Menschen ein, nicht die von Kriminellen. Leute mit niederträchtigen Zielen finden einen Ort, an dem sie sich ausleben können."

Im [Interview mit Milena Preradovic](#) spricht Hakon von Holst zu seinem Buch (Video, 28m09).

[Hakon von Holst](#), Jg. 1999, verfasste schon als 10-Jähriger eine Zeitung, ist Buchhändler und setzt sich seit 2020 für die Erhaltung von Bargeld ein, dem "einzigsten etablierten freien Zahlungssystem". (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **Lorenz Storch: Reform von Bürgerbegehren: Runder Tisch räumt Söder-Ideen ab**

Ministerpräsident Söder hatte die Absicht, für Bürgerentscheide in Bayern höhere Hürden zu setzen. Ein von Alt-Ministerpräsident Beckstein geleiteter Runder Tisch sollte dazu Vorschläge erarbeiten und einen Konsens herstellen. Das Ergebnis war allerdings nicht im Sinne von Söder: Günther Beckstein konnte im Juli 2025 verkünden, dass große Einigkeit herrscht, das Recht zu kommunalen Bürgerentscheiden im Wesentlichen unangetastet zu lassen: "[Sie haben sich bewährt als eine Äußerung der Bürger](#)". Es ist vielleicht einer der Gründe, warum sich die Bürger in Bayern wohler fühlen als in anderen Ländern". Die bayerische Bevölkerung nutzt das Instrument intensiv: Rund 40% der Bürgerentscheide in Deutschland finden im Freistaat statt.

Bestimmte Änderungen soll es trotzdem geben: Unterstützerunterschriften für Bürgerentscheide sollen künftig ein Haltbarkeitsdatum bekommen, damit sie nicht unbegrenzt lange auf Vorrat gesammelt werden, während die Diskussion im Ort womöglich schon längst weiter ist. Ein Bürgerbegehren gegen eine Stadt- oder Gemeinderatsentscheidung soll nicht mehr beliebig spät möglich sein – sondern zum Beispiel binnen eines Jahres angemeldet werden. Der Vorschlag des Runden Tisches muss noch in eine Gesetzesvorlage umgearbeitet und zur Abstimmung in den Landtag gegeben werden.

[Lorenz Storch](#) studierte Geschichte, Politikwissenschaft und Theaterwissenschaft. Er arbeitet bei BR24 als Moderator und Reporter. Seine Schwerpunkte sind die Themen Energie und Verkehr, seine Leidenschaft Geschichte und der Denkmalschutz. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **Tilo Gräser: Die missachtete Sternstunde der Menschheit**

Vor 80 Jahren, am 26.07.1945, wurde die Charta der UNO verabschiedet. Tilo Gräser erinnert an die ersten Artikel der UN-Charta, die für Frieden, Gleichberechtigung, Zusammenarbeit und gemeinsame Ziele stehen. Die am 24.10.1945 in Kraft getretene [Charta mit ihrer Hauptbotschaft "Nie wieder Krieg!"](#) gelte als das wichtigste Dokument des Völkerrechts. Dass kein Staat und keine Staatengruppe die UN-Charta seit ihrer Verabschiedung so oft verletzt hat wie die USA und die mit ihr verbündeten westlichen Staaten, darauf macht Michael von der Schulenburg anlässlich des 80. Jahrestags aufmerksam. Aber keines der Länder, die die revolutionäre UN-Charta unterschrieben

haben, hätten deren Vorgaben erfüllt. Heute sei es so, dass die enorme Erhöhung der Militärhaushalte, die zunehmende "Kriegssprache" im Westen und die damit einhergehende massive Aufrüstung eine "enorme Gefahr für uns" darstelle. Trotzdem sieht von der Schulenburg in der UN-Charta immer noch das Dokument, "das das Mittel sein kann, um der Welt mehr Frieden zu bringen". Denn, "wenn sich die EU und Deutschland wie die BRICS-Staaten für die UN-Charta und ihr Friedensgebot einsetzen würden, hätten sie die Mehrheit der Welt auf ihrer Seite". Er betont, dass die UN-Charta nicht nur "Nie wieder Krieg!" sage, sondern auch ein Bild entwickle, "wie wir miteinander friedlich leben sollten".

[Tilo Gräser](#), Jg. 1965, Diplom-Journalist, seit März 2017 Redakteur und Korrespondent für sputniknews, zuvor Journalist für verschiedene Medien und Pressesprecher; Schwerpunkte sind Politik und Soziales. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

#### ● Annette Groth: **Genozid mit Ansage**

Die israelische Regierung kann laut einer Umfrage mit der Unterstützung großer Teile der jüdisch-israelischen Bevölkerung bei der Vertreibung der Palästinenser in der Westbank und in Gaza rechnen. Das Ergebnis der Umfrage der 'Haaretz': [82% der jüdischen Israelis plädieren für die Vertreibung der Bewohner Gazas](#). 56% befürwortete die "Umsiedlung (Zwangsvvertreibung) arabischer Bürger Israels in andere Länder". Und auf die direkte Frage, ob sie der Aussage zustimmen, dass die israelische Armee "bei der Eroberung einer feindlichen Stadt ähnlich vorgehen sollte wie die Israeliten, als sie unter der Führung Josuas Jericho eroberten, nämlich alle Einwohner zu töten", stimmten fast 47% zu. Nach Annette Groth ist das die Frucht eines verbalen Vernichtungsfeldzugs gegen die Palästinenser, in dem von "menschlichen Tieren", von gnadenlosem Vorgehen, von sofortigem Verlassen von Gaza, von Einstellen der "Lieferung von humanitärer Hilfe, Treibstoff, Strom und Wasser nach Gaza", von Bombardieren von Lebensmittel- und Hilfedepots, von einem Todesurteil für 2,6 Millionen Terroristen und dem Wunsch nach einem Holocaust in Gaza die Rede ist. Auch bzgl. des Westjordanlandes gibt es nach Groth klare Signale für eine Vertreibung der Palästinenser; eines davon sei die kürzliche Legalisierung von 22 israelischen Siedlungen. Es sei zu "hoffen, dass der Protest der deutschen Bevölkerung gegen die menschenverachtende israelische Politik in Gaza und in der Westbank zunimmt und die Bundesregierung unter Druck setzt".

[Annette Groth](#), Jg. 1954, war Mitglied des Deutschen Bundestags für die Partei Die Linke. Sie war Mitglied im Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe. Ende Mai 2010 nahm sie am Ship-to-Gaza-Konvoi teil, der die israelische Seeblockade des Gazastreifens zu brechen versuchte. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

#### ● Albanese wegen Kritik an Besatzung, Völkermord und Profit sanktioniert

In ihrem am 03.07.2025 veröffentlichten Bericht legt die UN-Sonderberichterstatterin für Palästina, Francesca Albanese, die gegenwärtige Lage bzgl. Palästina und Israel dar. Demnach wird der [Völkermord Israels an den Palästinensern "durch ein System der ausbeuterischen Besatzung und des Profits aufrechterhalten](#), [indem] die illegale Präsenz und die Handlungen Israels durch die Profitgier von Unternehmen ermöglicht und legitimiert wurden". Die Kurse an der Börse in Tel Aviv steigen, weil für manche Unternehmen der Völkermord profitabel geworden sei, aber diese Unternehmen "ihren grundlegenden rechtlichen Verpflichtungen nicht nachgekommen sind, ihren Einfluss geltend zu machen, um die fragliche Rechtsverletzung zu beenden oder die Beziehungen abzubrechen und sich zurückzuziehen". Der Bericht nennt Unternehmen, die F-35-Jets, Drohnen

und Zielsuchtechnik liefern, die den Abwurf von 85'000 Tonnen Bomben auf Gaza ermöglicht haben. Der Bericht hebt Tech-Giganten hervor, die Forschungs-, Entwicklungs- und Datenzentren in Israel eingerichtet haben, die palästinensische Daten für die KI-Kriegsführung nutzen und damit den "live gestreamten Völkermord" anheizen. Der Bericht weist darauf hin, dass Energiekonzerne die israelische Blockade befördert haben, während Baufirmen weiterhin die Ausrüstung liefern, die den Gaza-Streifen in Schutt und Asche gelegt und die Rückkehr und den Wiederaufbau des palästinensischen Lebens verhindert hat. Albanese fordert die Mitgliedsstaaten auf, ein vollständiges Waffenembargo zu verhängen, Handels- und Investitionsabkommen auszusetzen und Unternehmen für Verstöße gegen das Völkerrecht zur Rechenschaft zu ziehen.

Aufgrund des Berichts warfen die USA Albanese "virulenten Antisemitismus" vor und kündigten Sanktionen gegen die UN-Sonderberichterstatterin an. Und noch am 09.07.2025 hat US-Außenminister [Marco Rubio Sanktionen gegen Albanese verhängt](#). Dabei wirft die US-Administration Albanese vor, sich an den Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) gewandt zu haben, damit dieser Ermittlungen "gegen Staatsangehörige der USA und Israels einleitet, sie verhaftet, inhaftiert oder strafrechtlich verfolgt". Weder die USA noch Israel sind Vertragsparteien des Römischen Statuts. Rubio wirft Albanese vor, sich nicht an die beiden Staaten gewandt und damit die Souveränität beider Länder "grob verletzt" zu haben. Albanese sei "voreingenommen", "böswillig" und "für das Amt einer Sonderberichterstatterin ungeeignet", heißt es weiter in der Erklärung. Sie verbreite "unverhohlenen Antisemitismus", unterstütze Terrorismus und zeige "offene Verachtung für die USA, Israel und den Westen". Das zeige sich u.a. darin, dass sie dem IStGH empfohlen habe, "Haftbefehle gegen den israelischen Premierminister Benjamin Netanjahu und den ehemaligen Verteidigungsminister Yoav Gallant zu erlassen". Sie habe zudem kürzlich "Drohbriefe an Dutzende Einrichtungen weltweit, darunter große amerikanische Unternehmen aus den Bereichen Finanzen, Technologie, Verteidigung, Energie und Gastgewerbe", verschickt, in denen sie "extreme und unbegründete Anschuldigungen" erhoben habe "und dem IStGH empfiehlt, Ermittlungen und Strafverfolgungsmaßnahmen gegen diese Unternehmen und ihre Führungskräfte einzuleiten". Albanese betreibe Kampagnen der "politischen und wirtschaftlichen Kriegsführung", die die nationalen Interessen und Souveränität bedrohten und nicht toleriert würden, so der US-Außenminister. Man werde "alle Maßnahmen ergreifen", die man für notwendig erachte, um die eigene Souveränität und "die unserer Verbündeten" zu schützen. Albanese reagierte darauf mit der Bemerkung, sie habe offenbar "einen Nerv getroffen" und mit der Textnachricht: "Kein Kommentar zu Einschüchterungstechniken im Stil der Mafia. Ich bin damit beschäftigt, die Mitgliedsstaaten an ihre Verpflichtung zu erinnern, Völkermord zu stoppen und zu bestrafen. Und diejenigen, die davon profitieren."

[Zeit-Fragen](#), eine genossenschaftlich herausgegebene, weltanschaulich, politisch und finanziell unabhängige Zeitung, erscheint 14-tätig, auch in englischer und französischer Sprache. (Red.)

[Karin Leukefeld](#), Jg. 1954, Studien der Ethnologie, Islam- und Politikwissenschaften, Ausbildung zur Buchhändlerin. Seit 1997 freie Journalistin. Sie ist die einzige deutsche Journalistin mit einer Akkreditierung in Syrien. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Zeitgeschehen im Fokus: **Israels Aggression gegen den Iran erfüllt die Kriterien des <Verbrechens gegen den Frieden>**

Der Völkerrechtler Alfred de Zayas sieht "[weder in der UN-Charta noch in der völkerrechtlichen Doktrin ein Recht auf präventive Selbstverteidigung](#)". Er erinnert daran, dass Israel in Palästina Besatzungsmacht ist und damit die völkerrechtliche Verpflichtung habe, für das Wohlergehen der dortigen Bevölkerung zu sorgen. Und die Palästinenser hätten das Recht auf Widerstand und Selbstbestimmung. Zudem habe sich Israel verweigert, entsprechend der Resolution 242 des Sicherheitsrates aus den besetzten Gebieten zurückzuziehen. "Nichts, gar nichts, auch kein Angriff

wie jener der Hamas am 7. Oktober 2023 kann als Rechtfertigung für ethnische Säuberungen herangezogen werden.“ Und de Zayas erinnert bzgl. Iran daran, dass sich Israel und die USA über Jahre weigerten der völkerrechtlichen Verpflichtung nachzukommen, den Konflikt mit Diplomatie zu lösen. De Zayas sieht die Notwendigkeit, dass die globale Mehrheit gegenüber den arroganten US-Amerikanern und Europäern Widerstand leisten, wobei ihm da “die Menschheit vor allem in Afrika und Asien, in BRICS-Staaten, in der Belt and Road-Initiative“ Hoffnung schöpfen lassen.

[Zeitgeschehen im Fokus](#) plädiert für die Rechtsstaatlichkeit und die direkte Demokratie der Schweiz, die Gleichwertigkeit der Menschen und die Unbedingtheit einer friedlichen Konfliktlösung, wie sie in der Charta der Vereinten Nationen und in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte definiert werden. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

#### ● BüSo: OIC bildet Minister-Arbeitsgruppe als Reaktion auf Angriffe auf den Iran

Die Außenminister der 57 Mitgliedsländer der OIC (Organisation für islamische Zusammenarbeit), der zweitgrößten internationalen Organisation der Welt nach der UNO, trafen sich am 21./22.06.2025 in Istanbul. [Gaza und Israels Krieg gegen den Iran standen ganz oben auf ihrer Tagesordnung](#). In der abschließenden “Erklärung von Istanbul“ wurden “die Destabilisierungspolitik Israels in der Region und seine jüngsten Angriffe auf den Iran, Syrien und den Libanon“ verurteilt, die eine “flagrante Verletzung der Souveränität und Sicherheit dieser Länder und des Völkerrechts“ darstellten. Die internationale Gemeinschaft wird aufgefordert, “abschreckende Maßnahmen zu ergreifen, um diese Aggression zu stoppen und Israel für die begangenen Verbrechen zur Rechenschaft zu ziehen.“ Außerdem wurde großer Wert auf die Beendigung des “Völkermords“ in Gaza gelegt und “so bald wie möglich“ die Einberufung der Hochrangigen Konferenz der UN zur friedlichen Beilegung der Palästina-Frage und zur Umsetzung der Zwei-Staaten-Lösung gefordert, die zu Beginn der israelischen Bombardements verschoben worden war.

Die [BüSo](#), Bürgerbewegung Solidarität, will durch die Wiederbelebung der deutschen klassischen Kultur zu einem neuen globalen Dialog der Kulturen beitragen. Sie sieht in dem Projekt ‘Neue Seidenstraße’ die einzigartige Chance, die Welt aus dem Korsett veralteten geopolitischen Denkens, der Gefahr thermonuklearer Konfrontation und dem Diktat der Finanzmärkte zu befreien. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

#### ● Detlev Koch: Nicht in unserem Namen

In Wien, dem Ausgangspunkt der zionistischen Bewegung und dem Punkt ihres ersten Scheiterns, versammelten sich am 13.06.2025 Rabbiner, Shoah-Überlebende, Intellektuelle, Mizrachi-Aktivistinnen und linke Diaspora-Stimmen, um öffentlich, selbstbewusst und organisiert den Zionismus zu kritisieren. Die Versammelten sind davon überzeugt, dass jüdische Geschichte nicht dazu dient, neues Unrecht zu legitimieren. Denn, so der Holocaustüberlebende Stephen Kapos: [“Was in Gaza geschieht, verletzt alles, wofür unsere Geschichte stehen sollte.“](#) Und der Wiener Kongress sagt laut Detlef Koch: “Gerade, weil wir Juden sind, dürfen wir nicht schweigen. Gerade, weil wir verfolgt wurden, sind wir verpflichtet, andere zu verteidigen. [...] Antizionismus ist kein Hass auf Juden – sondern eine Kritik an einer politischen Ideologie, die Religion in Staat verwandelt, Moral in Militärdoktrin, Geschichte in Besitzanspruch. Und wer all das nicht kritisieren darf, der verliert das, was das Judentum immer auszeichnete: seine prophetische Stimme.“ Yakov Rabkin wird zitiert: “Antizionismus ist kein Widerspruch zum Judentum. Er ist eine Rückkehr zu

dessen ethischen Fundamenten.“ Der Kongress betont das mit aller Deutlichkeit. Er grenzt sich ab von jedem Antisemitismus, jeder Shoah-Verharmlosung, jeder Gewaltverherrlichung. Aber er lässt nicht zu, dass Kritik an einem Nationalismus – und das ist der Zionismus – per se als antisemitisch gebrandmarkt wird. Nach Koch lautet einer der notwendigen Sätze bei der Debatte in Wien: “Nicht in unserem Namen.“ Nicht in unserem Namen soll Besatzung zum Schutz erklärt werden. Nicht in unserem Namen soll Apartheid zur Staatsräson werden. Nicht in unserem Namen soll die Erinnerung an den Holocaust dazu dienen, andere zum Schweigen zu bringen.

*[Detlef Koch](#), Jg. 1960, war viele Jahre Gründer und Projektleiter in der ländlichen Entwicklungszusammenarbeit in Indien. Derzeit ist er publizistisch tätig und engagiert sich für demokratische Teilhabe und soziale Gerechtigkeit. Zum Thema Israel und Palästina hat er mit Rolf Verleger im Verein BIP e.V. zusammengearbeitet. (Red.)*

[Inhalt](#) ↑

#### ● BüSo: **Präsident Lula eröffnet BRICS-Plenum: Aufruf zum Kurswechsel für die Menschheit**

Der brasilianische Präsident Luiz Inácio Lula da Silva, Gastgeber des diesjährigen BRICS-Gipfels, warnte in seiner Rede zur Eröffnung der Plenarsitzung der Vollmitglieder am 06.07.2025 in Rio de Janeiro deutlich vor dem gefährlichen Kurs, den die Welt eingeschlagen hat und den die BRICS ändern müssten. Die zehn Vollmitglieder sind Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika, Ägypten, Äthiopien, Iran, Indonesien und die Vereinigten Arabischen Emirate. Lula nahm kein Blatt vor den Mund, er warnte vor einer “nuklearen Katastrophe“ und prangerte Israels “Völkermord“ an den Palästinensern und die Aufrüstung der NATO an. Lula betonte: “Wenn die internationale Governance nicht die neue multipolare Realität des 21. Jahrhunderts widerspiegelt, ist es Aufgabe der BRICS, zu ihrer Aktualisierung beizutragen. Ihre Repräsentativität und Vielfalt machen sie zu einer Kraft, die in der Lage ist, [Frieden zu fördern und Konflikte zu verhindern und zu schlichten](#)... Diesen Prozess hinauszuschieben, macht die Welt instabiler und gefährlicher. Jeder Tag, den wir mit einer archaischen und ausgrenzenden internationalen Struktur verbringen, ist ein verlorener Tag für die Lösung der schweren Krisen, die die Menschheit plagen.“

*Die [BüSo](#), Bürgerbewegung Solidarität, will durch die Wiederbelebung der deutschen klassischen Kultur zu einem neuen globalen Dialog der Kulturen beitragen. Sie sieht in dem Projekt ‘Neue Seidenstraße’ die einzigartige Chance, die Welt aus dem Korsett veralteten geopolitischen Denkens, der Gefahr thermonuklearer Konfrontation und dem Diktat der Finanzmärkte zu befreien. (Red.)*

[Inhalt](#) ↑

#### ● Zeit-Fragen: **Abgereichertes Uran: Historisches Urteil in Serbien**

Am 24.03.2025 hat das Gericht in Pančevo in Serbien ein historisches Urteil gefällt, das den kausalen [Zusammenhang zwischen der Exposition gegenüber abgereichertem Uran \(DU\) und dem Auftreten schwerer Krebserkrankungen feststellt](#). Das Urteil wurde von der Gruppe von Anwälten unter der Leitung von Srđan Aleksić und dem italienischen Rechtsanwalt Angelo Fiore Tartaglia erzielt. Mit dem Urteil wird laut Tartaglia “ein neues Kapitel in der internationalen Kriegs- und Nachkriegsrechtspolitik aufgeschlagen, ein Thema, mit dem ich mich seit vielen Jahren beschäftige“. Das nun ergangene Urteil kann als erstes Urteil auf dem Balkan angesehen werden, auf dessen Grundlage ein umfassender Schutz für Militärangehörige und Zivilisten aufgebaut werden kann, die in Serbien und auf dem Balkan zu Tausenden an den Folgen von abgereichertem Uran erkrankt sind. Es ist schon lange bekannt, dass auch in anderen Ländern wie Irak und Afghanistan in der Folge des Einsatzes von DU-Munition Gesundheitskatastrophen erzeugt wurden, die bis heute andauern – auch wenn es heute eher still geworden ist, auch wenn man

heute wenig bis gar nichts darüber hört, auch wenn diese Munition bei der Kriegführung z.B. in der Ukraine oder in Gaza weiter eingesetzt wird.

Der Jurist Srđan Aleksić dokumentiert in seinem [Buch "Uran 238. Das Krebs-Geschoss"](#) mit juristischer Präzision und menschlicher Tiefe die bis heute anhaltenden Folgen der Bombardierungen der Bundesrepublik Jugoslawien durch die NATO anno 1999. Auf Grundlage zahlreicher Recherchen, Zeugenaussagen und internationaler Studien zeigt Aleksić auf, wie die NATO mit abgereichertem Uran nicht nur Infrastruktur zerstörte, sondern langfristig Gesundheit, Umwelt und Zukunft eines ganzen Landes vergiftete. Missbildungen bei Neugeborenen, eine dramatische Zunahme von Krebserkrankungen und das anhaltende Schweigen internationaler Institutionen sind nur einige der erschreckenden Konsequenzen.

[Zeit-Fragen](#), eine genossenschaftlich herausgegebene, weltanschaulich, politisch und finanziell unabhängige Zeitung, erscheint 14-tätig, auch in englischer und französischer Sprache. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **AWEF: Petition: NEIN zum Krieg! Ja zum Frieden!**

Die AWEF (Alternative Western Ethics Formation) richtet sich mit ihrer Petition an die EU-Regierungen und fordert: "[Deeskalation statt Kriegstreiberei – ein klares Nein zur Aufrüstung – ein klares Ja zum Frieden in Europa](#)". Denn: "Krieg kennt keine Sieger, nur Leidende. Wir, Menschen aus allen politischen Richtungen, stehen heute zusammen, weil uns etwas Höheres verbindet: unsere gemeinsame Menschlichkeit. Es spielt keine Rolle, ob du links, rechts oder irgendwo dazwischen stehst – uns eint der Wunsch nach Frieden, nach Leben, nach einer Zukunft für unsere Kinder." AWEF ruft "alle Menschen auf: Schließt euch an, erhebt eure Stimme! Setzen wir gemeinsam ein starkes Zeichen gegen jene, die vom Krieg profitieren – und für eine friedliche, lebenswerte Zukunft. Unterschreibe jetzt – für das Leben. Für den Frieden. Für uns alle." – Die Petition kann noch unterschrieben werden.

[Inhalt](#) ↑